

Aber Oppenländers Glück wird Oppenländers Unglück werden: Die Geschichte ist ans Tageslicht gekommen, und der Mann wird nun kaum noch Ruhe finden. Man wird darüber schreiben, man wird mit dem Finger auf ihn zeigen, man wird untersuchen, man wird den Brunnen, in den das Kind gefallen ist, zudecken, und man wird den kleinen Volksschullehrer entlassen — so hoffen wir, so fürchten wir aber auch, denn man wird nur ihn entlassen, obwohl er längst nicht mehr der Hauptschuldige ist. Die Hauptschuldigen sitzen anderswo — und auf alle Fälle weiter oben.

Dr. Hans-Heinz Holz

## **Selbstbewußtsein und Krise des Liberalismus**

### **II. Teil\*)**

#### **III.**

a) Die liberale Freiheitsidee, wie wir sie im vorigen Heft dargestellt haben, ist die Basis der bürgerlichen Gesellschaftsbildungen gewesen. Sie liegt der französischen Revolution ebenso zugrunde wie den us-amerikanischen Staaten und der US-Bundesverfassung<sup>34)</sup>. Die verfassungsgebende Versammlung der Paulskirche war davon inspiriert, und die Schöpfer des Grundgesetzes der Bundesrepublik (das allerdings nicht so demokratisch ist, wie es scheinen möchte<sup>35)</sup>, weil es für illiberal-undemokratische Machinationen genügend Spielraum läßt) folgten in vielem ihrem Beispiel, waren ja auch zum Teil Liberale der Gesinnung und der Parteizugehörigkeit nach. Die Verfassungstexte fixieren indessen einen historischen Status der bürgerlichen Gesellschaft, der nicht mehr der gegenwärtige ist. Die Ideologie bleibt hinter der gesellschaftlichen Wirklichkeit zurück. Im Herzen der liberalen Struktur des bürgerlichen Staates entstehen zutiefst illiberale Tendenzen und Kräfte. Diese sind nicht etwa Wirkungen der traditionellen Gegner der Liberalität, sondern Konsequenzen der bürgerlich-liberalen Ökonomie und Politik. Hier entsteht ein Widerspruch in der politischen Doktrin des Liberalismus, aus dem heraus der Liberalismus heute notwendig in eine Krise geraten ist. Die liberale Doktrin ist Aporien ausgesetzt, die es nun zu untersuchen gilt.

1. Jede rechtsstaatliche Ordnung, in der allein auch die liberale Freiheit verwirklicht werden könnte, ja die deren Bedingung ist, drängt zur Institutionalisierung der in ihr und durch sie geordneten Beziehungen. An die Stelle frei und verantwortlich tätiger Mitbürger treten dann die Untertanen, deren Verhältnis zueinander und zum Staat mannigfachen Regulierungen unterworfen ist, durch welche ihre Selbständigkeit gehemmt wird. Diese Verfestigung menschlicher Aktionen zu Institutionen wird durch die komplexe Struktur der modernen technisierten Wirtschaft noch verstärkt. Die Konzentration großer Massen von Menschen in Industriebezirken erfordert eine hochgezüchtete Organisation, die nun ihrerseits selbständig funktioniert und für die die Individuen nur mehr Glieder des Verbandes sind, in dem sie stehen. Die Produktionsbedingungen der Groß-

---

\*) I. Teil in Heft 8/59

industrie lassen diese zu einem Staat im Staate werden, dessen Leitung von den in sie eingegliederten Individuen nicht mehr übersehen, geschweige denn kontrolliert oder mitbestimmt werden kann. Man denke etwa daran, wie auf der Basis riesiger Betriebe (z. B. Krupp, Farbwerke Hoechst, Bayer Leverkusen, Siemens) eigene Städte entstanden sind, deren Existenz ausschließlich vom Wohl und Wehe der betreffenden Unternehmen abhängt. Nicht nur, daß dieses Zusammenleben von Angehörigen des gleichen Werkes einen ungeschriebenen Kodex von Verhaltensformen schafft, aus denen der einzelne unter Gefahr der Isolierung und damit der Schädigung seines beruflichen Fortkommens nicht ausbrechen darf: die Freiheit beruflicher Entfaltung steht hier der Freiheit der Entfaltung individueller Besonderheiten im Wege, wie man dies nur im Mittelalter, vielleicht noch in der bürgerlichen Kleinstadt gekannt hat; es ist verderblich, ein „outcast“ zu sein. Diese Herausbildung eines neuen strengen Kodex ist gegen Karl-Hermann Flach festzuhalten, der meint: „In der Anonymität einer modernen industriellen Massenansiedlung beispielsweise hat der einzelne mehr Raum zur spezifisch eigenen Lebensgestaltung als innerhalb einer Kleinstadt oder einem Dorf, wo sich die alten Bindungen länger erhalten haben. In der Masse kümmert sich niemand darum, wie einer gekleidet geht, womit er seine Freizeit verbringt, was er seine Kinder lehrt, ob eine Hochzeit standesgemäß gefeiert wird oder im kleinen Kreise. Der Mensch genießt weitgehend die Freiheit gegenüber bestimmten Gesellschaftskonventionen.“ Dieses Bild traf zu Beginn der Großstadtentwicklung zu, gilt heute aber nur noch sehr begrenzt.

Doch das ist nur der eine Aspekt. Der andere ist der, daß ein freiwilliges Ausscheiden aus solchen übergreifenden Verbänden nur noch sehr schwer möglich ist. Man kann dabei ruhig den Extremfall außer acht lassen, daß einige Unternehmen bereits dazu übergegangen sind, ihre qualifizierten Kräfte durch hohe Kauttionen und Konventionalstrafen an sich zu fesseln. Die Bindung, die durch werkeigenen Wohnungsbau, Einzahlungen in werkeigene Versicherungskassen, Aussicht auf Altersversorgung, Vorfinanzierungen und Kreditwesen innerhalb des Betriebes entstehen, hemmen entscheidend die Freizügigkeit. All das sind echte soziale Errungenschaften, denen keineswegs ein illiberaler Geist zugrunde zu liegen braucht, die vielmehr einer durchaus liberalen Sozialität entspringen mögen, aber in der Tat zu einer Einschränkung der liberalen Freiheit führen.

Mit dem Anwachsen der Zahl derart organisierter Menschen wird auch die Berücksichtigung ihrer Individualität in immer geringerem Maße möglich. Das Ordnungsschema überwuchert die Einzelfälle, auf die es angewandt werden muß. Zur Massengesellschaft gehört wesensnotwendig die Bürokratie, gleichgültig, auf welcher Gesellschaftsstufe Massen organisiert werden<sup>36</sup>). Das Paradox entsteht, daß die zur Sicherung der Freiheit aufgewendeten Mittel die Freiheit selbst ersticken. Das bürokratische System hat sein Eigenleben<sup>37</sup>). Das gilt gleicherweise für die Bürokratisierung des Staatsapparates wie für die der Wirtschaftsunternehmungen. Ausdruck dieses Zustandes ist die Statistik als Kontrollorgan sozialer, d. h. die menschliche Gemeinschaft betreffender Maßnahmen. Diese Feststellung ist nicht kritisch gemeint: es gibt einen Zustand der Vergesellschaftung, in dem die Statistik normative Funktionen übernehmen muß; nur widerspricht ein solcher Zustand eben dem liberalen Freiheitsbegriff, obwohl er aus seiner Praxis hervorgeht. Insonderheit läßt die bürokratische Schematisierung der Gesellschaftsvorgänge der gesellschaftlichen Initiative des einzelnen keinen Raum mehr. Private und gesellschaftliche Initiative können nicht mehr zur Deckung gebracht werden. Das Beispiel kleiner Kommunen lehrt uns, wie eine solche Deckung, wie individuelle Abweichungen von den großen Schemata aussehen können, welch lebendiges Bild demokratischer Entfaltung möglich ist, wo die

Organisation das Individuum noch nicht verschlungen hat. Zugleich lehrt uns aber auch die Reaktion der institutionellen Träger des Gesellschaftslebens auf solche Abweichungen von der Schemanorm, wie beschränkt die Möglichkeiten liberaler Freiheitsentfaltung (selbst innerhalb liberaler Parteien, die hierin, wenn auch zögernd, dem Zug der Zeit folgen) sind<sup>38</sup>).

Dem einzelnen bleiben so wenig Chancen zur verantwortlichen Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Er muß sein Recht auf Mitgestaltung, das ihm die bürgerlichen Revolutionen erkämpft haben, an Organisationen delegieren — an Parteien vor allem, an Gewerkschaften und sonstige Verbände, die zum Teil partielle Interessen vertreten<sup>39</sup>). Die Ausübung der delegierten Macht ist dem Einfluß und der Kontrolle des einzelnen weitgehend entzogen. Selbst der Schematismus der Wahl läßt ihm kaum eine Wahl — denn die Gesetze des politischen Machtkampfes vor Abstimmungen erfordern solche Aufwendungen, daß nur wohl organisierte Gruppen überhaupt Aussicht auf Erfolg haben. So bleibt dem Wähler immer nur dasselbe kleine Angebot, es gibt für ihn kaum eine Möglichkeit der Variation, darum auch nur eine geringfügige Variabilität im ganzen. Die Demokratie wird zur Institution der Parteienherrschaft, bei der der einzelne ebenfalls nur noch statistischen Belang hat.

2. An den Parteien, aber keineswegs nur an ihnen und nicht einmal zuvörderst an ihnen, zeigt sich die Gefahr der Machtzusammenballungen. Die Koalitionsfreiheit führt dazu, daß bestimmte Sonderinteressen sich über das gerechtfertigte Maß hinaus durchsetzen können. Der Einfluß der Industrieverbände, der Gewerkschaften, der Bauernverbände übersteigt bei weitem ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, auch ihren Anteil am Gesamthaushalt der Nation. Welche Bedeutung wenige Großbanken, bei denen die Kapitalmacht liegt, welche bestimmende Funktion einige Großkonzerne, Trusts und Kartelle besitzen, braucht hier nicht mehr belegt zu werden. Dagegen schützen auch keine Antitrust- und Kartellverbotsgesetze. In weiteren Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist der Wettbewerb einschneidend eingeschränkt, wenn nicht gar ausgeschlossen. Und zwar nicht durch staatliche, dirigistische Maßnahmen, sondern durch Gruppenbildungen innerhalb der freien Wirtschaft selbst. Die behinderte Wettbewerbsfreiheit versetzt dem Liberalismus alter Prägung einen vernichtenden Schlag. Zugleich aber sind diese Machtzusammenballungen im politischen und ökonomischen Bereich eine schwere Beeinträchtigung der politischen Freiheit des einzelnen. Die Lobby regiert, nicht mehr der Wähler.

3. Hand in Hand geht damit die Meinungslenkung. Echte Meinungsbildung beruht auf zwei Faktoren: Kenntnis der Tatsachen und Urteilsfähigkeit hinsichtlich der Tatsachenbewertung. Die Urteilsfähigkeit ist nicht naturgegeben, sondern muß geschult werden in der Auseinandersetzung mit Argumenten pro und contra. Tatsachenkenntnis und Argumentationen, die nicht an Vorurteile appellieren (oder diese wecken), sondern auf prüfbaren Gründen und Schlüssen beruhen — das sollte eine Presse, die nicht nur frei ist, sondern auch für die Freiheit wirkt, dem Leser bieten. Stattdessen haben sich Interessengruppen aller Art der sogenannten Massenmedia bemächtigt. Angefangen von der Ablenkung der Interessen des Staatsbürgers auf Belanglosigkeiten (man absorbiert damit sein Aufnahmevermögen) bis zur werbetechnisch raffinierten Überredungskunst, mit der Meinungen erzeugt werden sollen, sind Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film usw. zu Instrumenten im Dienste interessierter Gruppen geworden. Gewiß gibt es immer noch Möglichkeiten einer differenzierten Meinungsbildung; es besteht in den Demokratien keine (oder nur eine sehr hintergründige) Lenkung der Informationsmittel. Wohl aber erzeugen bestimmte Verhältnisse einen Konsens, der sich dann unter dem Anschein differenzierter Darstellung dem Publikum um

so fester aufprägt. Denn auch die unabhängigsten Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung unterliegen dem Zwang der Rücksichtnahme auf Geldgeber, staatliche Instanzen, Kirchen usw., so daß sie bereits in der Auswahl der Tatsacheninformation einer offiziös gewünschten Sprachregelung unterliegen. Es wäre ein Irrtum zu meinen, daß Konkurrenz (etwa zwischen mehreren Rundfunk- und Fernsehanstalten) diese Situation bessern könnte. Denn auch die konkurrierenden Unternehmungen wären auf die nämlichen Hintergrundsmächte angewiesen. Ein als Körperschaft des öffentlichen Rechts wohl ausgewogenes Rundfunkmonopol mit allerlei institutionellen Regulativen — unabhängig vom Staat und von Geldgebern — könnte z. B. eine bessere Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks gewährleisten als konkurrierende Anstalten (wie wir sie aus den USA kennen). Allerdings auch wieder nur im Rahmen einer allgemeinen Konformität, die dem Perhorreszierten kein Recht läßt (ein simples und unverfängliches, weil unpolitisches Beispiel: es wäre wohl kaum möglich, eine Fernsehreportage über eine Freikörperkultur-Vereinigung zu senden!).

So erzeugen die Massenmedia, nicht nur politisch, sondern in jeder Hinsicht, ein genormtes Denken, eine nivellierte Meinung<sup>40)</sup>. Der Freiheit der Meinungsäußerung, auf die gerade die liberale Demokratie solchen Wert legt, wird damit der Boden entzogen: denn sie setzt eine ungehinderte Meinungsbildung mit Zugang zu allen Fakten und gegeneinander stehenden Argumenten voraus. Gerade diese Art der Meinungsbildung kann aber ein Massenmedium nur sehr unvollkommen bewirken, selbst wenn es die beste Absicht hätte. Denn sie würde differenziertes Ansprechen erfordern, während die Abstimmung auf die undifferenzierte Masse von Hörern, Lesern oder Zuschauern notwendig einen nivellierenden Durchschnitt erzeugen muß. Immer wieder zeigt sich, daß das Problem der liberalen Freiheit mit dem der differenzierten Individualität zusammenhängt. Und gerade dieses ist ein ungelöstes Problem unserer Epoche.

4. Die liberale Demokratie kann auch die Schaffung neuer Privilegien nicht verhindern. Das hat zunächst nichts mit der Herausbildung von Eliten<sup>41)</sup> zu tun, die natürlich immer kraft ihrer Funktion und Leistung mit bestimmten Vorrechten ausgestattet sind. Zu Privilegien werden diese funktionellen Prärogativen erst dadurch, daß sie von der Funktionserfüllung gelöst und institutionalisiert werden. Wir haben in der ersten Hälfte dieser Untersuchung schon auf die Neukonstitution von Privilegien im Rahmen der bürgerlichen Demokratie hingewiesen. Im Kern reduziert sich diese Privilegierung auf erbliche Eigentumsbildung, die dem Besitzenden, nicht dem Erwerbenden den Vorrang gibt. Die Übertragung der aus Leistung entsprungenen Rechte, die sich im privaten Eigentum verdinglichen, eben auf diese Dinglichkeiten selbst macht den Besitz zu einem vom Menschen unabhängigen Fetisch: ein Vermögen vermag etwas, gleichgültig, wem es zufällt<sup>42)</sup>.

So entsteht auf der Basis des erblichen Privateigentums — einer entscheidenden Rechtsbasis der bürgerlichen Gesellschaft — eine neue Privilegiertenschicht, die sich nicht mehr durch Leistung, sondern durch Besitz ausweist. Wenn Gerhard Daub die „soziale Frage“ in sehr optimistischer Betrachtungsweise als „gelöst“ ansieht („Die Unterschiede sind nur noch Nuancen. Der Millionär fährt im 300 SLR mit Chauffeur, die Verkäuferin im Liegewagen der Sozialtouristik ins Skiparadies“<sup>43)</sup>) — und in dieser Art werden von ihm die sozialen Abstände weiter nivelliert), so übersieht er dabei diese neue Privilegienbildung. Diese geht vielmehr so weit, daß es genaue hierarchische Abstufungen im gesellschaftlichen „Rang“ gibt, die zwar immer wieder einmal durchbrochen werden, aber eben doch als verbindliche Schemata (das Durchbrechen gilt ja als exzeptionell und als etwas anrühlich) maßgebend sind. Diese Sachlage wird dadurch noch komplizier-

ter, daß organisierte Mächte ihren Angehörigen Vorrechte verschaffen (Einfluß der Kirchen, der Gewerkschaften, der Parteien, aber auch der studentischen Verbindungen usw.). Auch dieser Einfluß beruht letzten Endes darauf, daß diese Gruppen im ökonomischen Gesamthaushalt einen Faktor darstellen (was bedeutet es etwa für die eingespielten Einnahmen, wenn die kirchlichen Bewertungsstellen einen Film empfehlen oder ablehnen). So wird ein gestaffeltes System von Ungleichheiten geschaffen, in dem die liberale Übereinstimmung von Freiheit und Gleichheit nicht mehr aufgeht.

5. Neben diesem hierarchischen Ordnungssystem gibt es allerdings eine Gleichheit, die fast alle betrifft (mit Ausnahme der krisenfest Reichen): die Unsicherheit hinsichtlich des Bestandes. Diese Unsicherheit, die eine prinzipiell ökonomische ist, hat zwei Aspekte, einen natürlichen und einen gesellschaftlichen. Es gibt unvorhersehbare natürliche Risiken, denen jeder ausgesetzt sein kann: Arbeitsunfähigkeit durch Invalidität, Tod des Familiernährers, Naturkatastrophen usw. Angesichts solcher menschlicher Katastrophen werden alle Freiheiten in Frage gestellt, weil sie nicht mehr ausgeübt werden können. Ein umfassendes System von Sicherungen — Sozialversicherungswesen, Rentenansprüche, private Assekuranzen etc. — baut gegen solche Unberechenbarkeiten vor; dennoch bleibt der weniger Wohlhabende ihnen in größerem Maße ausgesetzt. Dieses System von Sicherungen schließt allerdings zum Teil erhebliche Eingriffe in die persönliche Entscheidungsfreiheit ein (Pflichtversicherung!). Hier sind liberale Prinzipien, denen zufolge der einzelne selbst vorsorgen müßte, bereits seit langem durchbrochen, weil sie sich in der Gesellschaft, in der jeder von jedem abhängt und alles mit allem verknüpft ist, nicht als praktikabel erwiesen haben. Liberales Denken wehrt sich zwar mit aller Macht gegen den „Versorgungsstaat“, doch bleibt die Frage offen, wo der nicht mehr zu negierende Sozialstaat in den Versorgungsstaat übergeht. Dieser Übergang ist gleitend — und der vollkommene Sozialstaat müßte schließlich der komplette Versorgungsstaat werden. Das ist aber auf der Basis der liberalen Demokratie nicht mehr möglich, setzt vielmehr eine totale Vergesellschaftung voraus: der Anteil am Sozialprodukt kann dann nicht mehr dem einzelnen beliebig zufallen, wenn ihm andererseits nicht mehr beliebige Sicherungen gegen die Risiken, die aus der individuellen Labilität entspringen, freigestellt sind, sondern notwendige und geregelte Sicherheitsansprüche aus dem Gesamtaufkommen der Nation geboten werden.

Einschneidender noch als die natürlichen Risiken sind für den einzelnen in dessen die sozialen: Wirtschaftskrisen mit Einnahmeschwund und Arbeitslosigkeit, Geldentwertung, gar Krieg. Hiergegen gibt es keine Versicherung, ja die Versicherungen werden selbst davon betroffen. Es ist völlig offen, ob die Sicherung der Freiheit auf der Basis einer ungehemmten privaten Wirtschaftsinitiative möglich ist. Heute gibt es ja nirgendwo mehr Wirtschaft ohne dirigistische Eingriffe. Das Problem der ökonomischen Balance kann hier nicht erörtert werden. Die erlebte Gefährdung der individuellen Freiheit durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch des einzelnen hat jedenfalls entscheidend dazu beigetragen, daß das Verlangen nach Sicherheit der Existenz sich mit dem Freiheitsbegriff unserer Zeit untrennbar verband. Eine durch soziale Krisen in ihrem Bestand ungesicherte Daseinsweise wird heute fast durchgängig nicht mehr als frei angesehen, weil sie ja gerade unter dem Druck der Drohung von Not, also in Unfreiheit steht.

b) Die Bedrohung der bürgerlichen Freiheiten aus dem Wesen und aus der Betätigung der Freiheit selbst führt sich also letztlich auf die Ambivalenz der privaten Eigentumsbildung zurück, die mit der Entwicklung differenzierter Gesellschaftsformen seit der Urzeit untrennbar verknüpft ist. Gerade das Recht auf privaten Besitz und auf freien Erwerb privaten Besitzes gehört zu den

Wesenselementen des liberalen Freiheitsbegriffs. Der Liberalismus macht den ungehinderten Vorgang unbeschränkter Eigentumsbildung geradezu zum Kriterium der Freiheit<sup>44)</sup>, wobei die konkurrierenden, nach Eigentum strebenden Individuen unter einem Minimum von gesetzlichen Regelungen innerhalb einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung nur dem Recht des Stärkeren zu folgen brauchen. Solidarität gibt es da nur, wo sie der Mehrung oder Erhaltung des eigenen Besitzes nutzt. Die Ordnung schrankenloser Eigentumsbildung (mit dem dabei auftretenden Akkumulationseffekt) hat ihre immanenten Regeln, die „Sentimentalitäten“ nicht zulassen und Humanität nur als Luxus in ihre Rechnung einbeziehen können<sup>45)</sup>. Der Wettbewerb der Eigentumsbildung führt den Menschen auf einen Urzustand freiheitlicher Willkür (oder willkürlicher Freiheit) zurück, der zwar durch bestehende gesellschaftliche Regeln gemildert ist, unter den Bedingungen verschärfter Konkurrenz jedoch leicht ausartet. Dieser Zustand birgt schließlich Risiken in sich und beschwört Situationen herauf, die eine um so absolutere Reglementierung des gesellschaftlichen Daseins erfordern, so daß schrankenlose Freiheit in äußerste Unfreiheit umschlägt<sup>46)</sup>.

Jedoch schon in viel unmittelbarer Hinsicht trägt Eigentum zur Selbstbeschränkung der Freiheit bei. Als immobilier Besitz fesselt es an einen Ort und hebt damit relativ die Freizügigkeit auf. Die Bedingungen des Eigentumserwerbs hemmen die allseitige Selbstentfaltung und tragen zur Verengung der Persönlichkeitswerte bei. Neue Privilegien entstehen, verpflichten ihre Träger aber auch auf bestimmte Verhaltensnormen. Unter den Bedingungen des konkurrierenden Eigentumserwerbs verwirklicht sich die dialektische Umkehrung von Herr und Knecht, die schließlich keinem von beiden die Freiheit läßt<sup>47)</sup>. Denn der Herr, also der Eigentümer, in dessen Auftrag und für den der Knecht arbeitet, gerät in Abhängigkeit vom Knecht, weil er ohne diesen seinen Besitz nicht mehr fruktifizieren (= „genießen“) könnte; so wird der Herr unfrei. Der Knecht aber dient in seiner Arbeit dem Herrn, ohne das ganze Ergebnis seiner Arbeit genießen zu können, weil der Herr als Eigentümer ihm einen Teil abfordert<sup>48)</sup>. Er ist also seinerseits unfrei. Dieses gegenseitige Verhältnis der Unfreiheit muß in dem Augenblick entstehen, in dem das Eigentum die unmittelbaren Grenzen des persönlichen Genusses übersteigt und damit zu einer Institution von eigenem Leben und eigener immanenter Gesetzlichkeit wird. Damit wird es dem Menschen entfremdet<sup>49)</sup>, wird es unmenschlich, antimenschlich, es raubt dem Menschen die ihm wesenseigene Freiheit. Diese Antinomie, daß das Eigentum dem Menschen einerseits die Freiheit äußerer Unabhängigkeit gibt, ihn jedoch andererseits seiner Freiheit unmittelbar und mittelbar entkleidet, ist auf dem Boden einer liberalen Gesellschaftsordnung mit unbegrenztem konkurrierendem Eigentumserwerb nicht aufzulösen. Hier liegt die fundamentale Antinomie des klassischen Liberalismus.

c) Im Liberalismus selbst liegen also die Momente, die über ihn, zum mindesten in seiner traditionellen Form, hinausdrängen. Die zentrale Frage für den Liberalismus als politische Bewegung, als politische Partei der Gegenwart ist also die, wie die offenbaren Widersprüche überwunden werden können, die die Anwendung der klassischen Prinzipien des Liberalismus in unserer Zeit hervorruft. Es ist dies eine theoretische Grundfrage, der keine auch noch so pragmatisch ausgerichtete Parteipolitik entgehen kann, wenn sie nicht schließlich dem Vorwurf der Unklarheit erliegen will. Das Bewußtsein von der aporetischen Struktur des klassischen Liberalismus mag für viele Liberale selbst durch das Pathos verdeckt werden, mit dem sie an den bejahenswerten Grundideen ihrer Lehre festhalten und diese unter veränderten Bedingungen zu bewahren trachten. Das ändert aber nichts daran, daß nur die Auseinandersetzung mit der in fortschreitender historischer (technischer, ökonomischer und politischer) Entwicklung neu ent-

standenen Situation diese Grundideen in eine aktuell wirksame, heute geschichtsmächtige Form überführen kann. Die Doktrin des Liberalismus muß offen für eine sich wandelnde Wirklichkeit, sie muß entwicklungsfähig bleiben, andernfalls würde sie konservativ, also das Gegenteil ihrer selbst werden. Konkret bedeutet das: die liberale Doktrin muß durch Vorstellungen und Theorien aufgefüllt werden, die der speziellen gesellschaftlichen Lage der Gegenwart angemessen sind und die gegebenenfalls Modifikationen traditioneller Vorstellungen erfordern. Dieser Vorgang einer theoretischen Fortentwicklung, die die Basis der unabdingbaren Werte der Liberalität (vgl. dazu den ersten Teil dieser Abhandlung im vorigen Heft) nicht verlassen darf, sie aber verbreitern muß, wird sich in Diskussionen der Theoretiker und Praktiker des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens vollziehen müssen, in Diskussionen, bei denen das Pendel zu Extremalpositionen ausschlagen darf, um sich dann auf der „mittleren Linie“, die für den Liberalismus so kennzeichnend ist, einzuspielen<sup>50</sup>).

1. Eine der wichtigsten Erweiterungen ist die in der Atlantik-Charta der drei antifaschistischen kriegführenden Mächte bereits vollzogene, aus dem Geiste wahrer Humanität (die sich mit wahrer Liberalität stets decken sollte) geborene Deklaration, derzufolge Freiheit von Not und Furcht zu den Grundrechten des Menschen gehören sollen. Die Formulierung ist zwar sehr allgemein und schafft nicht (wie etwa die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte oder die UNO-Charta) einklagbare Rechtstitel. Sie ist aber, gerade weil sie so weit gehalten ist, trefflich geeignet, den Katalog der liberalen Grundfreiheiten um wesentliche Gesichtspunkte zu ergänzen.

Die Freiheit von Not schließt nämlich einerseits jene äußere Existenzsicherheit ein, die unter den klassischen Prinzipien des Liberalismus nur unvollkommen gewährleistet werden konnte, läßt aber doch andererseits das private Eigentum als einen Schutz gegen Not unangetastet. Freiheit von Not meint also eine Sicherheit, die nur die Gesellschaft dem einzelnen geben kann, wofür indessen der einzelne der Gesellschaft wiederum bestimmte Rechte übertragen muß. Es wäre nun für die liberalen Theoretiker zu klären, wie nach ihrer Auffassung dieser wechselseitige Vorgang des Gebens und Nehmens, wie der Modus der Vergesellschaftung der einzelnen im Interesse gegenseitiger Sicherheitsleistung aussehen soll. Das ist keine leicht zu lösende Problematik, die genau die Abgrenzung zwischen dem progressiven Liberalismus und dem Sozialismus betrifft. Das Bekenntnis zu den atlantischen Freiheiten jedenfalls würde dem Liberalismus die ihm aus der Zeit des Manchestertums anhängende Bedeutung einer „Ausbeuterideologie“ nehmen und ihn wieder in die seiner Herkunft und seiner Grundhaltung nach ihm zukommende Position einer humanitären Bewegung einsetzen.

2. Zum zweiten würde die Erweiterung der liberalen Lehre vom Staat (deren äußerstes Extrem die These vom „Nachtwächterstaat“ war) die Ausbildung einer Staatslehre verlangen, in der die oben genannten freiheitsbedrohenden Mächte institutionell eingedämmt sind. In dieser Hinsicht ist am ehesten eine Weiterentwicklung des Liberalismus zu erwarten. Zwar steht die (grundsätzlich richtige) Auffassung, daß die Gesetzgebungsarbeit der Legislative möglichst eingeschränkt, die Zahl der gesetzlichen Regelungen möglichst gering gehalten werden soll, einer Ausdehnung der staatlichen Befugnisse entgegen; zumal jede Erweiterung der exekutiven Macht (wenn nicht dem Parlament strenge Kontrollmöglichkeiten eingeräumt werden) eine neue Freiheitsbedrohung in sich schließt. Indessen gibt es gegen die Praxis der antidemokratischen, illiberalen Machtzusammenballungen (wie die Kartellbildungen und die Einflußnahmen der Verbände zeigen), gegen die Risiken der Existenzunsicherheit, gegen die Gefahren der Überfremdung der meinungsbildenden Media kaum einen Schutz außer durch starke legis-

lative Regelungen. Die Gefahren der Institutionalisierung und die Auswüchse der Bürokratisierung werden noch am ehesten durch dauernde parlamentarische Kontrollen zu bannen sein. Der Presse kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

So muß sich das Selbstbewußtsein des Liberalismus, das in der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Traditionen sich betätigt und bestätigt, in der Ausarbeitung zeitgemäßer Grundlagen der liberalen Politik und Gesellschaftslehre bewähren. Erst dann wird man sehen, ob der Liberalismus die Krise überwinden kann, in die er durch die Veränderung der Struktur seiner gesellschaftlich-ökonomischen Grundlagen geraten ist und in der sich die Grundlagenkrise der bürgerlichen Gesellschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts spiegelt.

#### Anmerkungen:

<sup>34)</sup> Der Einfluß liberaler Auffassungen auf die amerikanischen Verfassungen geht vor allem über Locke und Montesquieu.

<sup>35)</sup> Vgl. dazu W. R. Beyer, Probleme einer staatsrechtlichen Ordnungslehre, a.a.O.

<sup>36)</sup> Wir kennen die Bürokratie in Ägypten ebenso wie in der Neuzeit, in kapitalistischen Staaten ebenso wie in sozialistischen.

<sup>37)</sup> Vgl. C. A. Emge, Bürokratisierung in philosophischer Sicht, Abhandlungen der Akademie für Wissenschaften und Literatur (Mainz).

<sup>38)</sup> Wenn Wolfgang Döring immer wieder — sachlich durchaus mit Recht — eine strafere Organisation der FDP fordert, so ist damit doch andererseits ein fortschreitender Abbau der Liberalität nach innen verbunden.

<sup>39)</sup> VdK, Heimkehrerverbände, Bund der Steuerzahler, Vertriebenenverbände usw. machen sich zu Sprechern von Gruppen, in denen der einzelne verschwindet.

<sup>40)</sup> Aus liberaler Sicht kritisiert Gerhard Daub diesen Zustand höchst temperamentvoll, aber nicht unzutreffend. In „liberal“, Heft 1, S. 19 ff.

<sup>41)</sup> Eliten gehören zu jeder Gesellschaft, weil jede Gesellschaftsorganisation Probleme der Lenkung und Führung aufwirft, die nach einem Prinzip, eben dem die Elite konstituierenden, gelöst werden. Für die Beurteilung der Struktur und die Klassifikation eines Gesellschaftstypus ist das Eliteprinzip wesentlich.

<sup>42)</sup> Dabei vernachlässigen wir den variablen Spielraum, der durch die Subjektivität des Besitzers hinzukommt. Selbstverständlich kann man ein Vermögen verprassen oder erhalten, durch Fehldispositionen verlieren oder durch richtigen Einsatz vermehren. Hier kommt es — für die Konstitution von Privilegien — jedoch nur darauf an, daß das Vermögen an sich Träger von Privilegien ist, nicht der Mensch.

<sup>43)</sup> a.a.O., Seite 21.

<sup>44)</sup> So Dehler und Erbe, a.a.O.

<sup>45)</sup> Auf die literarische Widerspiegelung dieses Konfliktes zwischen Humanität und Besitzstreben, zwischen der Freiheit zum Menschsein und der Freiheit ökonomischen Wettbewerbs sei hier nur am Rande hingewiesen, z. B. bei Dickens, bei Maupassant, bei Thomas Mann usw.

<sup>46)</sup> Diesen Umschlag deduziert aus Prinzipien Thomas Hobbes im „Leviathan“, wo die strengste Ordnung als notwendige Antithese zur unbeschränktesten Freiheit und als aus dieser unvermeidlich entspringend aufgezeigt wird.

<sup>47)</sup> Die allgemeine Charakteristik dieses Verhältnisses bei Hegel in der „Phänomenologie des Geistes“ behält für die Beschreibung dieses Sachverhaltes uneingeschränkte Gültigkeit. Insbesondere die französische Hegelforschung (Jean Hyppolite, Alexandre Kojève) hat das herausgestellt. Die neueste Auslegung und Anwendung des Hegel'schen Grundgedankens findet man bei Jean Paul Sartre und Albert Camus. Georg Lukacs hat den Zusammenhang des Hegel'schen Schemas von Herr und Knecht mit der klassischen englischen Nationalökonomie geklärt und Hegels dialektische Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Anwendung der ökonomischen Theorien seiner Zeit erläutert. Auf diesen Nachweis sei hier besonderer Wert gelegt, weil damit das Hegel'sche Schema von Herr und Knecht sich als die Selbstbewußtwerdung der liberalen Ökonomie erwiesen hat. Daß die aporetische Dialektik von Herr und Knecht schon relativ früh im bürgerlichen Bewußtsein auftaucht, zeigt die Reflexion über dieses Verhältnis in Leibniz' Manuskript



„Die natürlichen Gesellschaften“. In einer demnächst zu publizierenden Abhandlung „Herr und Knecht bei Leibniz und Hegel“ habe ich diese Problemlage näher untersucht. Darauf sei hier verwiesen.

48) Man sieht, wie die Mehrwertlehre bei Karl Marx dem Hegel'schen Schema entspringt.

49) Seit Hegel spielt die Theorie der Entfremdung eine zentrale Rolle im geschichtlichen Selbstbewußtsein. Marxismus und Existentialismus sind nur die hervorstechendsten Philosopheme, die sich über dieser Theorie aufbauen. Auch die neuere bürgerliche Kulturkritik bedient sich ihrer; im Grunde wirkt hier (schon bei Hegel) ein Rousseau'sches Denkschema nach — vgl. Kurt Weigand, Einleitung zu seiner Ausgabe der kulturkritischen Schriften Rousseaus, Hamburg 1955.

50) Daß die mittlere Linie kein arithmetisches Mittel sein kann, auch keine „dritte Kraft“ zwischen Konservatismus und Progressismus (ein Liberalismus, der nicht progressiv wäre, verlöre seinen Sinn), sondern eine aristotelische „Mitte“ der Vernunft (wir dürfen sagen: einer vernünftigen Erfahrung und einer erfahrenen Vernunft), versteht sich von selbst.

## **„Der Tag“ brachte es nicht an den Tag**

### **Einblick in ein freies Redaktionsbüro in Westberlin**

*Im nachfolgenden veröffentlichen wir einen Artikel „Agenten des Lebens“ des Studentenpfarrers an der Technischen Universität West-Berlin, der am 9. August 1959 in der West-Berliner CDU-Zeitung „Der Tag“ erscheinen sollte. In dieser, Bundesminister L e m m e r nahestehenden Zeitung schreibt Pfarrer W e c k e r l i n g seit drei Jahren in vierwöchigem Turnus das „Wort zum Sonntag“.*

*Aus dem im Anschluß an den Artikel veröffentlichten Schriftwechsel zwischen dem Autor und der Redaktion wird deutlich, weshalb „Der Tag — Unabhängige Zeitung für Deutschland“ entgegen den mit dem Verfasser bestehenden vertraglichen Vereinbarungen den Artikel nicht zum Abdruck brachte. D. Red.*

#### **I.**

#### **Agenten des Lebens!**

Ein ostasiatischer Staatsmann hat vor einiger Zeit angesichts der atomaren Bedrohung des Lebens ein hartes Urteil gefällt über die westliche Welt (und das heißt von dort aus gesehen, über die „christliche Welt“): „Wir in Asien sehen euch nicht als Retter der Zivilisation oder als Wegbereiter der Zukunft. Wir sehen euch als Agenten des Todes — unseres Todes“.

Haben wir abendländischen Menschen uns diesem Urteil gebeugt, oder haben wir uns ihm entzogen in der Meinung, daß es nicht zutrifft? Das wache Gewissen wird sich nicht mit angeblichen Notwendigkeiten und unvermeidlichen Entwicklungen abfinden. Es sieht in der Vergeßlichkeit, die zu einer schnellen Beruhigung und zu einem sträflichen Abschalten führt, eine große Gefahr. Darum ist es wichtig, lebenswichtig, die Tage nicht zu vergessen, die sich jetzt zum 14. Mal jähren:

Am 6. August fiel die erste Atombombe auf Hiroshima und am 9. August eine zweite auf Nagasaki, die zusammen über 300 000 Menschenleben auslöschten. Viele Tausende trugen lebenslängliche Schädigungen davon. Diese Massenvernichtungsmittel beendeten den zweiten Weltkrieg, sie eröffneten aber zugleich den Kalten Krieg mit dem „Frieden durch Abschreckung“.